„KRONE“-ANALYSE

USA will Grönland: Wenn NATO gegen NATO kämpft

Panzerübung der NATO: Fahren sie bald aufeinander los?(Bild: AFP)

Der designierte US-Präsident Donald Trump ließ im Militärbündnis wegen seiner Grönland-Aussagen die Alarmglocken läuten. Was passiert, wenn ein Mitglied ein anderes angreift? Die „Krone“ fragte bei Experten nach.

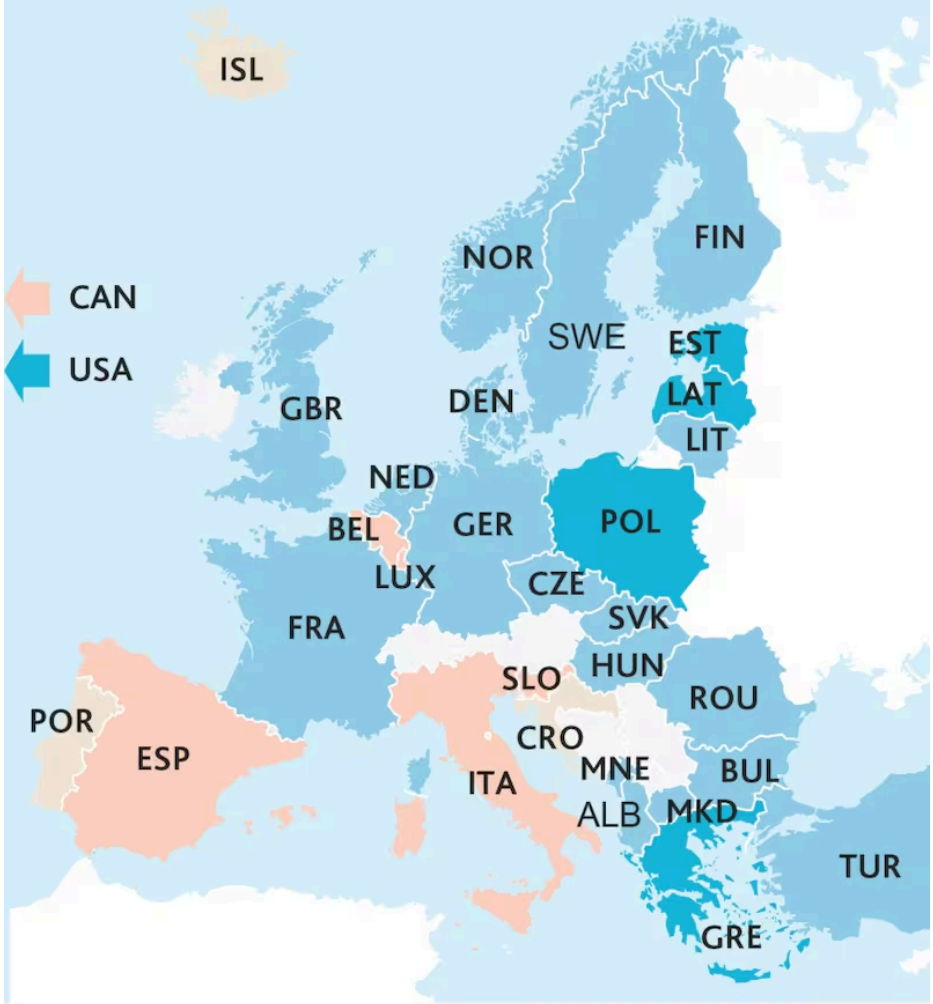
Seit ihrer Gründung 1949 galt die NATO als Garant für Sicherheit in Europa. Ihr zentrales Prinzip, geregelt in Artikel 5 des NATO-Vertrags: Ein Angriff auf ein Mitglied wird als Angriff auf alle betrachtet. Doch was passiert, wenn ein Mitgliedsstaat selbst zum Aggressor wird und ein anderes Bündnismitglied angreift? Die jüngste Rhetorik des designierten US-Präsidenten Donald Trump, der den Einsatz militärischer Gewalt gegen Grönland, dänisches Territorium und damit NATO-Mitglied, nicht ausschließen wollte, wirft genau diese Frage auf.

Wie der Völkerrechtsexperte Andreas Müller von der Universität Basel der „Krone“ erklärt, steht die NATO bei einem solchen Szenario vor einem grundlegenden Problem: „Der NATO-Vertrag ist für Bedrohungen von außen konzipiert. Ein Konflikt zwischen Mitgliedsstaaten würde den Beistandsmechanismus der Allianz schlicht in der Luft hängen lassen.“ Tatsächlich regelt der Vertrag nur die Verteidigung gegenüber Drittstaaten, nicht jedoch, was geschieht, wenn ein Bündnispartner selbst zum Angreifer wird.

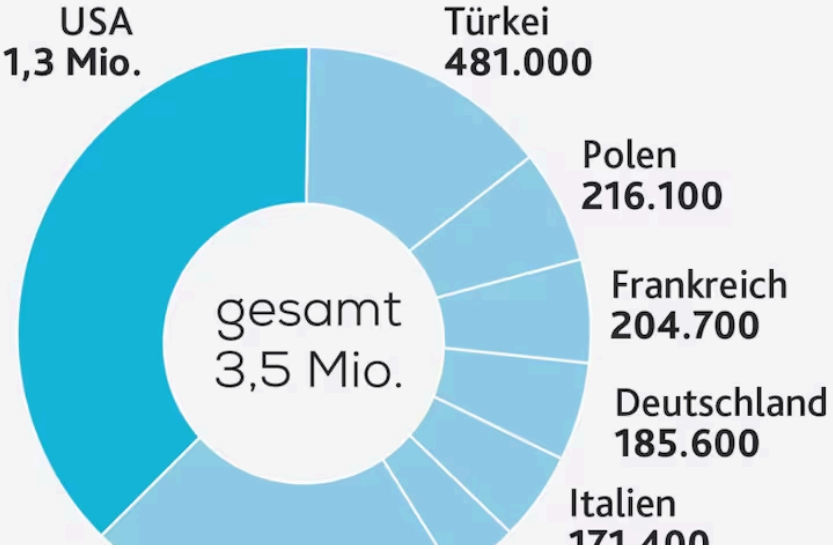
VERTEIDIGUNGSAUSGABEN
DER NATO-STAATEN

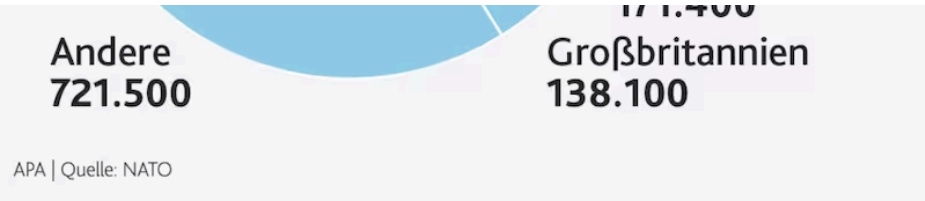
in Prozent des BIP,
Schätzung 2024 – NATO-Ziel 2%

über 3 % | 2,0–2,9 % | 1,5–1,9 % | unter 1,5 %



Militärisches Personal,
Schätzung 2024





(Bild: Krone KREATIV/APA)

In einem solchen Fall könnte zunächst Artikel 4 des NATO-Vertrags angerufen werden, der eine Konsultation der Mitgliedsstaaten vorsieht. „Das Ziel wäre, durch Verhandlungen eine Eskalation zu vermeiden“, sagt Müller. Doch schon die Feststellung, ob ein Bündnisfall vorliegt, könnte in einem internen Konflikt scheitern. Da in diesem konkreten Fall die USA als Aggressor auftritt, aber abstimmungsberechtigt ist, könnte sie jede Entscheidung der NATO blockieren, da die Mitglieder im Fall von Artikel 4 im Konsens entscheiden.

Dänemark stünde aber nicht schutzlos da. „Die NATO wäre in einem solchen Fall schlicht nicht die richtige Adresse“, sagt Müller. „Dänemark würde sich wahrscheinlich zunächst an seine EU-Partner wenden.“

Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags verpflichtet die Mitgliedsstaaten, einem angegriffenen EU-Partner beizustehen – auch militärisch.

Aber: Die sogenannte „irische Klausel“ im Artikel erlaubt neutralen Staaten wie Österreich, Irland oder Malta ihrer sicherheitspolitischen Tradition treu zu bleiben, auch wenn die EU-Beistandsverpflichtung greift. „Diese Klausel garantiert, dass Staaten wie Österreich nicht gezwungen werden können, Maßnahmen zu ergreifen, die mit ihrer Neutralität unvereinbar wären“, erklärt Müller.

Ursprünglich auf Drängen Irlands in den Vertrag aufgenommen, bewahrt die Klausel die souveräne Entscheidungsfreiheit dieser Staaten. „Österreich könnte sich auf seine Neutralität berufen und beispielsweise nur humanitäre Hilfe oder Ausrüstung wie Helme liefern, so wie es bereits im Fall der Ukraine geschehen ist“, so Müller.

Soldaten auf der Pituffik Space Base auf Grönland (Bild: Pituffik Space Base)

Die Klausel unterscheidet die EU-Beistandsverpflichtung klar von der NATO-Bündnisverpflichtung nach Artikel 5, die militärische Maßnahmen stärker in den Vordergrund stellt. „Auch wenn die EU-Klausel grundsätzlich zur Hilfe verpflichtet, entscheidet jeder Staat selbst, wie er diese Hilfe leistet – sei es militärisch oder auf andere Weise“, betont Müller.

Weiters verweist Müller verweist auf das kollektive Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UNO-Charta: „Dänemark könnte sich auf dieser Grundlage an alle Staaten der Welt wenden, einschließlich anderer NATO-Mitglieder, um Beistand zu ersuchen.“ Theoretisch könnte Dänemark sogar Unterstützung von Russland erhalten.

Trump hält die NATO in Atem (Bild: Associated Press)

Historische Beispiele wie die Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei in den 1970er Jahren zeigen, dass die NATO in der Lage ist, zwischen ihren Mitgliedern zu vermitteln. „Damals konnte die NATO durch diplomatischen Druck eine militärische Eskalation verhindern“, erklärt Müller. Doch heute sei die geopolitische Lage weitaus fragiler. Die NATO ist auf Geschlossenheit angewiesen, um gegenüber externen Gegnern Stärke zu demonstrieren. Ein interner Konflikt würde das Bündnis nicht nur politisch lähmen, sondern auch seine Glaubwürdigkeit untergraben. „Wenn das Vertrauen zwischen den Mitgliedern zerstört wird, steht der Fortbestand der NATO selbst infrage“, warnt Müller.

Clemens Zavarsky